



Die Blechtrommler

Text: Wolf Lotter Collage: Sperling

Im Stillstand wird die Frage, wie viel
Wachstum genug ist, zur Entscheidung über
Stehenbleiben oder Weitergehen.
Doch: Welches Wachstum brauchen wir,
um uns zu entwickeln?

„Gewerkschaft und Unternehmerverbände, Politiker und andere Traditionalisten reden von ‚Wachstumsimpulsen‘, als ob der scheinbaren Industriegesellschaft durch Stromstöße jugendliche Frische eingehaucht werden könnte.“



----- Der kleine Oskar ist nicht dumm, aber er hat ein Problem. Er weiß nicht, wo er herkommt, und deshalb auch nicht, wo es langgeht. Und die Welt, wie sie ist, kennt keine Antworten und Sicherheiten schon gar nicht.

So beschließt Oskar, nicht mehr zu wachsen. Um der Welt eine Antwort auf seine Fragen herauszupressen, schlägt er seine Blechtrommel. Doch die Welt versteht ihn nicht. Erst als sie in Schutt und Asche liegt und alle Unsicherheiten begraben sind, wirft Oskarchen die Trommel dem falschen Vater nach ins Grab.

Und wächst.

Oskarchen trommelt wieder, wütender als je zuvor, und es ist kein Wunder. Es ist noch nicht so lange her, da schienen die Krawallmacher der neuen Wirtschaft mit Übermut und Lust auf das Neue der Bundesrepublik den lange erwarteten Aufschwung zu bescheren. Und Oskarchen war kurz davor, die Blechtrommel für immer ins Grab zu schmeißen und zu wachsen. Doch dann platzte die Blase, die alten Herren kamen zurück. Nun ist es wieder, wie es war, nur schlimmer.

Müde vom Hin und Her finden sich immer mehr Menschen, die den Oskar so lassen wollen, wie er ist. Seine Fragen können sie nicht beantworten, und was macht es schon, wenn er nicht wächst?

Spätestens hier, auf der Suche nach einer Antwort auf die Frage, ob es nichts ausmacht, nicht zu wachsen, ob genug denn nicht genug ist, haben wir einen Punkt erreicht, wo wir das Buch, das den deutschen Schlüsselroman des 20. Jahrhunderts enthält, zuschlagen können und nachsehen, ob wir in der Lage sind, diese Geschichte im neuen Jahrhundert fortzuschreiben. Die Fragen sind die gleichen, die Oskarchen wütend stellt: Wo komme ich her? Wo gehe ich hin? Wozu soll ich in einer Welt wachsen, die nicht die meine ist?

„Nichts macht müder als die Erfolge vergangener Tage“, hat der im Vorjahr verstorbene Innovationsforscher Erich Staudt geschrieben. Doch mit der Müdigkeit, der Depression, die allorts zu spüren ist, kommt auch die Wut: die Wut darüber, dass sich mit den alten Methoden, den alten Verfahren der reichen Bundesrepublik kaum noch ein Mehr an Wachstum herauskitzeln lässt. Gerade mal 0,9 Prozent mehr Wirtschaftswachstum prophezeit das Münchner Ifo-Institut der Bundesrepublik in diesem Jahr – im günstigsten Fall. Damit beschleunigt sich im dritten Jahr des neuen Jahrhunderts die Tendenz des Abstiegs weiter.

Noch satte 8,1 Prozent hatte das Wachstum der jungen Bundesrepublik in den fünfziger Jahren betragen, Wirtschaftswunderjahre, die – keine Frage – durch die ungeheuren Kriegsschäden eine Sonderkonjunktur erfuhren. Schon in den sechziger Jahren bremste das Wachstum merklich ab. Mitte des Jahrzehnts war der Vater des Wirtschaftswunders, Ludwig Erhard, als Kanzler zurückgetreten, weil sich seine allzu optimistischen Prognosen nicht halten ließen. Bereits Ende 1966 trat die erste unter dem Zeichen konzentrierter Krisenabwehr angetretene Bundesregie-

rung, das Kabinett Kiesinger-Brandt, an. Sie scheiterte. Die Wachstumsbilanz der sechziger Jahre lag mit jährlich durchschnittlich 4,8 Prozent aber noch lange nicht im roten Bereich.

Die siebziger Jahre werden von der Generation, die damals ihr Elternhaus verließ und heute an der Macht ist, als Zeit des Aufbruchs verklärt – tatsächlich war sie das nur, wenn man Wandel und Zusammenbruch vor dem gleichen Hintergrund versteht. Ölkrise, Stahlkrise, die Eskalation der Kohlekrise, 1975 die erste Rezession der Bundesrepublik und ein konstanter Wachstumsverlust, der gleichzeitig die Institutionen der sozialen Marktwirtschaft diskreditierte, die sich in den ersten anderthalb Jahrzehnten nach dem Krieg einen Vertrauens-Speck sondergleichen angefressen hatte. Immerhin: durchschnittlich 3,1 Prozent Wachstum am Ende des Jahrzehnts.

Der deutsche Wachstumsbegriff ist künstlich – ein Popanz, der die Aussicht auf Entwicklung verstellt

Die Trommeln schlugen lauter in den achtziger Jahren. In diesem Jahrzehnt zahlten die Bürger die ersten fetten Raten dafür zurück, dass ihre Regierungen das überlaute Trommeln der neuen Zeit nicht begriffen hatten. Statt der Tatsache ins Auge zu sehen, dass sich seit Ende des Zweiten Weltkriegs überall in den OECD-Ländern Dienstleistungen schneller entwickelten als Industrieunternehmen, hatten die politisch Verantwortlichen Milliarden dafür ausgegeben, die alte Kohle- und Stahlindustrie künstlich am Leben zu erhalten. Als das in den achtziger Jahren trotz enormer Selbstverleugnung nicht mehr zu schaffen war, sackten die Wachstumsraten der Republik auf 1,9 Prozent ab.

Damit war ein neues Problem entstanden. In den sechziger und frühen siebziger Jahren hatten sich Politik und Verbände in einem Stabilitätspakt sowohl der Einfachheit als auch der Gewohnheit halber auf einen Wachstumssatz von drei Prozent verständigt. So viel, das nahmen Regierung, Industrie und Gewerkschaften einfach mal so an, müsste die dynamischste Wirtschaft Europas, der Musterschüler an Produktivität, in jedem Fall hergeben. Und weil das Prinzip der Umverteilung galt und bis heute gilt, entspricht eine Tarifierhöhung der Löhne um drei Prozent bis jetzt der Norm. Nur dass sich das durchschnittliche jährliche Wachstum in den neunziger Jahren auf 1,8 Prozent reduzierte – das ist immer noch das Doppelte dessen, womit wir heute auskommen müssen.

Um den Widerspruch zur Realität zu verschleiern, kann man zum Beispiel behaupten, dass die vergangenen zwei Jahrzehnte bloß ein vorübergehender Störfall der deutschen Volkswirtschaft gewesen seien. Wie das Amen im Gebet wird dann die Aussicht auf den „Aufschwung“ oder die „anspringende Konjunktur“ proklamiert. Mehr nehmen als geben, das ist okay – nachdenken oder verändern nicht.

Aber der Störfall ist in Wahrheit ein Konkursfall. >

Regierung und Opposition sind sich einig, dass „Wachstum in Arbeitsplätze umgesetzt werden soll“, wie es Wolfgang Clement, Superminister, sagt. Kein Schlagwort kommt in der Regierungserklärung vom Oktober 2002 so häufig vor wie Wachstum. „Mehr Wachstumsimpulse“ wollen DGB und BDI. Das entspringt einer seltsamen Logik: Wenn man auf dem Holzweg ist, kommt man nicht schneller voran, weil man größere Schuhe fordert.

Wachstum heißt größer.

Doch Entwicklung ist mehr.

Wer Grenzen des Wachstums beschwört, will sich oft nur nicht mehr entwickeln

Den Bewohnern der reichen OECD-Länder genügte es schon, wenn es nicht schlechter würde. Doch auch die Wahrung der Besitzstände, des Status quo, so viel hat sich zumindest herumgesprochen, braucht Wachstum. Denn wir werden nicht jünger. Im Gegenteil: Bereits im Jahr 2030 wird jeder zweite Bürger der Bundesrepublik älter als 60 Jahre sein, Tendenz von da an stark steigend. Um den Status quo zu wahren, das hat eine UN-Forscherguppe vor zwei Jahren errechnet, müssten bis zum Jahr 2050 jährlich knapp drei Millionen Zuwanderer ins Land geholt werden. Unterm Strich hätte die Bundesrepublik des Jahres 2050 dann fast 300 Millionen Einwohner und würde, um nur ein kleines Detail zu nennen, zu einer einzigen Megastadt zusammengewachsen sein.

Hier wird klar, wo der Unterschied zwischen Wachstum – sei es auch nur zur Erhaltung des Status quo einer reichen Nation – und Entwicklung liegt. Ersteres findet seine natürlichen Grenzen. Irgendwann sind die Ressourcen an jungen, produktiven Kräften erschöpft, so wie Rohstoffe in der Industrieproduktion irgendwann einmal aufgebraucht sind. Im Gegensatz zu Rohstoffen, die sich zumindest in der bisherigen Menschheitsgeschichte durch immer neue Technologien, Entdeckungen und Verfahren rechtzeitig ersetzen ließen, kann man die Tatsache, dass in einem Land einerseits die Leute länger leben, aber immer weniger Kinder bekommen, nicht einfach durch eine Erfindung substituieren (vom Klonen mal abgesehen, was wir nicht empfehlen).

Das Land, seine Volkswirtschaft, seine Gesellschaft und seine Kultur müssen sich also entwickeln, ein Wort, das bisher höchstens Sozialpädagogen gern verwenden, oft allerdings ohne zu wissen, was es bedeutet: das vorhandene Wissen so auszubauen, weiterzutreiben und einzusetzen, dass es höhere Erträge abwirft. Mehr Wissen ist gleich Mehrwert. Zudem müssen kulturelle und gesellschaftliche Ressentiments gegen Zuwanderung aufgehoben werden, denn auch die – wenngleich nicht im Ausmaß von 80 Prozent zur vorhandenen Bevölkerung – ist essenziell, um die künftigen Strukturen zu sichern. Und drittens und vielleicht am wichtigsten: Es müssen die Bedingungen, die zu diesem Extrem-Szenario führen, schnell und restlos beseitigt werden. Es kann



und wird nichts so bleiben, wie es ist – die Lebensarbeitszeit, die totale soziale Sicherheit, die Verwaltung dieser Sicherheit durch den Staat.

Wer sich von der Statik des Hier und Jetzt nicht befreit, wird im Elend landen. Szenarien, in denen Wachstum immer wieder schnurstracks im Untergang endete, gibt es reichlich. Zwei davon sind bemerkenswert, weil sie nach wie vor enormen Einfluss auf unser Denken haben.

Im Jahr 1798 schlug der britische Geistliche und Privatgelehrte Thomas Malthus wie verrückt seine Blechtrommel. Irgendwie muss der Grund dafür der gleiche gewesen sein, der mehr als 200 Jahre später all jene treibt, die in mehr Wachstum die Lösung aller Probleme sehen. Malthus hatte eine Bevölkerungstheorie aufgestellt. Dabei ging der Brite davon aus, dass die Bevölkerung in geometrischer Progression wachse, also in gleich bleibenden Wachstumsraten. Die durch die Methoden der Landwirtschaft zur Verfügung gestellten Nahrungsmittel ließen sich nur in arith-

metischer Progression vermehren, was stetig steigenden Wachstumsraten entspricht. Man konnte sich, und Malthus tat das auch, ausrechnen, wann die Welt an Hunger sterben würde. Seine Schüler malten für das 19. Jahrhundert katastrophale Szenarien an Hungersnöten. Schreckens-Szenen ohnegleichen.

Malthus lebte zwar bereits mitten in der heftigen industriellen Revolution, die England erfasst hatte, aber er zog keinen Schluss daraus. Seine Berechnungen nahmen auf die Möglichkeiten der industriellen Produktion und der sich bereits deutlich abzeichnenden Revolution durch die Chemie keine Rücksicht. Die aber sorgten in den Jahrzehnten, die der Veröffentlichung des Malthus-Werkes folgten, für eine Vervielfachung des Nahrungspotenzials. Es gab mehr Menschen, das hatte Malthus richtig vorausgesehen. Aber sie wurden durch Fortschritt und Technik satter als je zuvor.

Der Malthus des 20. Jahrhunderts heißt Dennis Meadows. Er ist der führende Autor einer Studie mit dem Titel „The Limits of Growth“ – „Die Grenzen des Wachstums“. Sie wurde im Jahr 1972 von den ehrenwerten Denkern des Club of Rome verlegt und hat gewaltigen Einfluss auf die Denkmuster der Generationen, die heute Wirtschaft und Politik lenken. Meadows' Theorie bestand in der völlig richtigen Feststellung, dass die Ressourcenausbeutung durch eine immer stärker wachsende Industrie letztlich zum Versiegen all dieser Rohstoffe führen muss – und damit zum Kollaps des Gesamtsystems. Dass beide Modelle letztlich unrealistisch blieben, liegt nicht etwa an Detailfehlern – die übrigens reichlich vorhanden sind. Schon der Grundgedanke führt in die Irre: Malthus' und Meadows' Grenzen des Wachstums beruhen auf der Annahme, dass alles bleibt, wie es ist. Entsprechend rechneten sie die Daten für die Zukunft hoch. Fortschritt, Technik und Einsicht, Wandel und Änderungswille wurden einfach ausgeblendet.

Deshalb ähneln sich die Vorschläge beider Denker auch so sehr: Malthus forderte zur Verhinderung einer Überbevölkerung sexuelle Enthaltbarkeit und Geburtenkontrolle, Meadows radikalen Rückbau der Industrie und einschneidenden Konsumverzicht.

Der große Irrtum: dass eine moderne Ökonomie wie eine Fabrik funktioniert

Modelle wie diese scheitern an ihrer Unfähigkeit, die Zukunft gestalten zu wollen – sie verringern Entwicklung, die Fähigkeit, neues Wissen und neue Verfahren gegen alte Probleme in Anschlag zu bringen.

Fortschritt und Technik haben einen Haken: Sie lassen sich nicht in einen Wachstumsplan einkalkulieren. Um den Motor des Wachstums am Laufen zu halten, müssen Rohstoff, Kapital und Arbeit so miteinander verbunden werden, dass nirgendwo ein Ungleichgewicht entsteht. Der Unsicherheitsfaktor dabei ist vor allem das Ausmaß und die Berechenbarkeit, das Tempo und die

Wandlungskraft von Technologie und mehr Wissen, das diese Kräfte antreibt.

In den bekannten Wachstumstheorien sind diese Triebkräfte der Entwicklung Faktoren, die von außen kommen – exogen nennt das der Fachmann. Weil diese Kräfte nach den traditionellen Vorstellungen nicht kalkulierbar zu sein scheinen, machen konservative Geister einen großen Bogen darum. Das führt mit schöner Regelmäßigkeit zu tristen Zukunftsperspektiven.

Die endogene Wachstumstheorie, für die der Stanford-Professor Paul Romer steht, geht von einem optimistischen Entwicklungsbild aus: „Es gibt keine Grenzen des Wachstums“, schreibt Romer, „für den Club of Rome war die Volkswirtschaft einfach eine Fabrik. Auf der einen Seite kommen Rohstoffe rein, auf der anderen Seite Produkte raus. Und irgendwann sind dann die Seen verschmutzt, und die Luft ist vergiftet. Sie haben einfach nicht kapiert, dass eine moderne Ökonomie nicht wie eine Fabrik funktioniert.“

Wissen schafft Wachstum – ohne dabei die Folgen der fettleibigen Industriegesellschaften zu haben

„Wissen schafft Wachstum“, ist Romers These eines unbegrenzten Wachstums, das wenig mit dem Größer, Fetter, Schwerer der alten Industriegesellschaft zu tun hat, sondern mit Schluener und Schneller-Sein. Die alten Grundzutaten des Industriekapitalismus für mehr Wachstum – mehr Rohstoffe, mehr Kapital, mehr Arbeit – haben ausgedient. Ideen, so Romer, treiben die Ökonomie voran.

Wissen ist dabei nicht einfach eine Phrase, die den alten Fetisch von mehr Maloche, mehr Geld und mehr Umweltausbeutung esoterisch ersetzt. Patente, zugängliche Innovationen und Verbesserungen, die genutzt werden können, gehören in diese Kategorie. Dazu kommen die Kenntnisse und Fertigkeiten, das Know-how von einzelnen Personen, das so genannte Humankapital. Die Ausbildung beider Faktoren hängt eng zusammen. Forschung und Bildung sind die treibenden Kräfte hinter diesen Wachstums- und Entwicklungsmotoren. Deshalb fordert Romer, ganz im Gegensatz zu den Vertretern der neoklassischen Wachstumstheorie, den Staat als Lenkungsmittel – allerdings dort, wo er wirklich gebraucht wird: als Organisator und Manager einer offenen Bildungsgesellschaft, die die optimalen Chancen zur Entwicklung des Humankapitals – Du und Ich – liefert.

Nicht etwa Subventionen und Förderungen für Industriestandorte haben demnach Sinn, sondern deutlich erhöhte Ausgaben für Bildung, Forschung und Weiterbildung. Damit werden die von außen wirkenden, exogenen Faktoren zu endogenen, von innen gesteuerten Prozessen. Mehr Bildung, mehr Wissen schafft mehr Ideen, und die schaffen mehr Wachstum.

„Das ist ein tragfähiges Modell“, sagt Henning Klodt, Leiter der Hauptabteilung Wachstum, Strukturwandel und interna- >

tionale Arbeitsteilung am Institut für Weltwirtschaft in Kiel. „Allein um den demografischen Wandel, der sich durch nichts mehr aufhalten lässt, zu bewältigen, brauchen wir massives Wachstum. Neue Dienste für Alte, Pflegedienste, Gesundheit, soziale Services – all das kostet enorm viel Geld. Das müssen wir haben.“ Es müssen aber auch die Vorbedingungen stimmen.

Klodt bezeichnet sich selbst als „den letzten Mohikaner der New Economy“, der Idee, für deren Wachstumsmodell Paul Romer die Vorlagen geliefert hat, wenngleich sich der Erfinder der endogenen Wachstumstheorie dagegen heftig verwehrt. Man mag das dem honorigen Stanford-Mann nicht unbedingt übel nehmen, wenn man daran denkt, was alles unter den Fahnen der New Economy lautstark antrat, um sich anschließend in Luft aufzulösen.

Henning Klodt hat da weniger Berührungsängste, der Mann denkt in historischen Dimensionen: „Auch das Industriezeitalter hat seine Anlaufschwierigkeiten gehabt.“ Gegen die politischen und gesellschaftlichen Spannungen, die der Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft verursachte, sind die bisherigen Verwehungen, die beim Eintritt ins Wissenszeitalter, der Ära des steten Wachstums und der Entwicklung entstehen, ein Klacks. Und auch die Überzeugung, dass die neue Wirtschaft nichts taugt, hat es gegeben. Etwa in der Folge des Bankenkrachs von 1873, bei dem die aufstrebende Stahl-, Kohle- Elektro- und Chemieindustrie durcheinander gewirbelt wurde. Kein Kommentator gab damals einen Pfifferling auf die Zukunft des Industriekapitalismus. Die Eisenbahn, so schrieben damals die angesehensten Köpfe des Landes, sei bankrott, am Ende, eine Fehlentwicklung.

Fusionen führen zu mehr Wachstum, aber Entwicklung kann man sich nicht kaufen

„Man darf eben nicht alles nur in engen Zeiträumen sehen“, empfiehlt Klodt, den man, um im Bild zu bleiben, „Häuptling Besonnener Professor“ nennen könnte. Natürlich, so wendet er ein, „wird es auch weiterhin Konjunkturaufschwünge und Abschwünge geben. Alles andere ist Unsinn.“ Der Traum einiger amerikanischer Ökonomen, dass die neue Ökonomie eine Phase ewigen Aufschwungs bewirke, in dem es keinerlei Einbrüche mehr geben würde, ist ausgeträumt.

Doch nicht die Frage, ob es in der Wirtschaft wie im wirklichen Leben auf- und abwärts geht, scheint die Wachstumsdebatte heute zu bestimmen, sondern die Frage, wer bei der rasant bleibenden Achterbahnfahrt aus dem Zug fällt – und wer sich halten kann.

Selbst in tiefer Krise zeigen sich Staaten wie Unternehmen, die intensive Ausbildung, Forschung und Entwicklung betreiben, als deutlich krisenresistenter als andere. Der amerikanische Ökonom Robert Barro hat das Wirtschaftswachstum verschiedener Staaten über lange Zeiträume untersucht. Dabei fand er auffällige

Übereinstimmungen zwischen den Summen, die eine Nation in Forschung, Ausbildung und Schulwesen steckte und dem langfristig erzielten Wirtschaftswachstum, das wiederum die Entwicklung neuer prosperierender Generationen ermöglicht.

Auch Konzerne, die das begriffen haben, setzen nicht mehr auf schiere Größe und die Erhöhung der Marktanteile, sondern auf die Qualität ihrer Ideen und den Mehrwert, der sich daraus ziehen lässt. Der Weg ist aber auch für die Unternehmen, die aus Romers Herzeige-Branche für den Wachstumswandel, der Computerindustrie, kommen, keineswegs gerade.

Schnelles Wachstum ist eine kurzfristige Begehrlichkeit, Entwicklung ein mühsamer Prozess, an dessen Ende allerdings Sicherheit und Stabilität steht. Faktoren, die in jungen Branchen enorm selten sind. In großen, an Wachstum gewohnten Strukturen wiederum erdrückt die Verwaltung des schieren Zuwachses die Kreativität. Seltsamerweise neigen industriell ausgerichtete Unternehmen dazu, die wichtigste Triebkraft ihrer Geschäfte, also neue Ideen, Innovationen und das Management der Veränderung, in der Hierarchie nach unten zu verlagern. Oben stehen dann alte Männer, die zunehmend verzagt erkennen, dass ihr Riesenschiff zwar jede Menge Wasser verdrängt, bloß der Kurs nicht mehr klar ist. Wohin? Die alten Männer halten Ausblick nach anderen Schiffen, nicht selten kleineren Booten. Ihnen nach!

Fusionen.

Kaum ein Thema ist geeigneter, um die wirklichen Grenzen des Wachstums aufzuzeigen. Fusionen schaffen Klarheit, neue Märkte, bringen die Innovationsfähigkeit der Konkurrenz an Bord und sorgen somit für mehr und stabiles Wachstum – theoretisch, denn „rund 70 Prozent aller Fusionen gehen schief, wenn man davon ausgeht, dass am Ende mehr dabei herauskommen soll, als man am Anfang reingesteckt hat“, fasst Henning Klodt die Ergebnisse zahlreicher Studien zum Thema Elefantenhochzeit zusammen.

Genauer betrachtet, zeigt sich, dass nicht nur die brachiale Durchsetzung der Kultur des Stärkeren, in Fusionen meist als Hauptursache für deren Scheitern ausgemacht, oder schierer Größenwahn in der Umsetzung das Ergebnis des Zusammenwachsens vermasselt.

Weit öfter bleibt rein wachstumsorientierten Unternehmen, die den Pfad der Entwicklung nicht mehr pflegen, gar nichts anderes übrig, als noch größer zu werden, also zu fusionieren. Ein Beispiel dafür liefert Hewlett-Packard, nach der Fusion mit Compaq, die im vorigen Jahr nach langen Querelen abgeschlossen wurde, mit einem Umsatz von rund 57 Milliarden Dollar zusammen mit dem Konkurrenten Dell an der Spitze des weltweiten PC-Marktes.

Hewlett-Packard war das erste und nobelste Unternehmen des Silicon Valley, die erste Garagenfirma des Mythos und jahrzehntelang eine entscheidende Triebkraft hinter den technologischen Erfolgen der amerikanischen IT-Industrie. Compaq

wiederum, ein Kind der PC-Ära, positionierte sich als hochklassiger wie hochwertiger PC-Hersteller. Doch beide Unternehmen ließen sich auf das Rattenrennen um das größte Wachstum im PC-Markt ein.

Zwar kann HP-Chefin Carly Fiorina nach gewaltigen Verlusten im vergangenen Jahr – netto 903 Millionen Dollar blieben auf der Strecke – mit einem Umsatzplus von 18 Prozent bei Digitalkameras und Druckern aufwarten. Doch dort, wo das meiste Geld verdient wird, bei den Services, waren gerade mal vier Prozent Wachstum drin. Deutlich zu wenig, um die Milliardenfusion zu rechtfertigen. Ausgerechnet der lukrativste und zukunftssträchteste Bereich ist damit der schwächste – auch, weil beide Teile der Fusion schon vorher in diesem Segment kaum etwas zu bieten hatten.

Man kann sich für mehr Wachstum dumm und dämlich arbeiten und dennoch depressiv werden

Dieser Trend, dass nämlich die wissensorientierten und profitabelsten Unternehmenseinheiten bei den Groß-Fusionären am wenigsten entwickelt sind, zeigt sich auch an anderen Beispielen. Fusionen führen natürlich dazu, dass sich die Hochzeiter weniger Konkurrenz ausgesetzt fühlen, denn den Feind haben sie sich ja ins Bett geholt. Dummerweise erlahmt dabei, wie im wirklichen Leben, das Buhlen um die Gunst des Kunden. Männer kaufen nach der Hochzeit keine Rosen mehr. Konzerne nach Fusionen stärken die Vertriebs- und Produktionseinheiten, während sie Forschung und Entwicklung, den Rosengarten jedes Unternehmens, verkümmern lassen. Entwicklung heißt, attraktiv zu bleiben, Wachstum, bloß fetter zu werden. Doch auch die Kritik am schieren Wachstum, meint Wachstumsforscher

Henning Klodt, muss sich an den Realitäten messen lassen, die die Rahmenbedingungen vorgeben: „Für die meisten Fusionsunternehmen gibt es gar keine Alternative, selbst wenn sie wissen, dass Fusionen eine riskante Sache sind. Im Grunde stärken sie ihre Kernkompetenzen.“

Auch das ist ein Entwicklungsprozess. In den neunziger Jahren entwickelten sich die Unternehmen der IT-Branche zu wahren Gemischtwarenläden. Zwischen Web und PC, Großlösungen und Service-Gedanke blieb kaum irgendwo Platz für Identität. Nur wenige Unternehmen wie Dell, der PC-Direktvertrieb, der mit zugekauften Komponenten und simplen Verkaufsstrategien ein Brot-und-Butter-Geschäft über das Internet etablierte, konnte sich klar positionieren. Fiorinas Flucht zurück zur Hardware könnte sich so langfristig als einzige Entwicklungschance erweisen. Als Alternative zum reinen Wachstum bleibt so gesehen nicht viel – außer dem Tod. Und dann ist die Überlebensrate, die Fusionen bieten, die 30:70-Chance, auch wieder nicht so übel.

Chancen sind die Grundlagen der Entwicklung und Hoffnung. Genau daran mangelt es den stagnierenden Volkswirtschaften, in denen schierer Zuwachs an Produktivität – die Deutschen sind immer noch enorm fleißig – irgendwann zu der Frage führt, wozu das alles gut ist. Prosperität ist die Grundlage des Glücks, vorausgesetzt, wir wissen, wozu wir arbeiten. Genau das läuft verkehrt: Die Antwort der meisten mündet in bleierner Müdigkeit, in sprichwörtlicher Depression. Dann bleibt nur mehr die Frage: Tod oder Leben. Das mag etwas fatalistisch klingen, hat aber den fröhlichen Zweckoptimismus der Bremer Stadtmusikanten, die sich, angesichts der Starre ihrer Lebensverhältnisse und der tristen Perspektiven, die sich ihnen bieten, zu zügiger Bewegung entschließen. „Etwas Besseres als den Tod finden wir überall.“

Das wusste sogar Oskarchen. ----- |

Arbeit im Wandel -



Entwicklungsland Deutschland ?



symposium 2003 | 8.-10. Mai | in der Universität Heidelberg

podiumsdiskussionen, vorträge und kolloquien zum thema arbeit
unter der schirmherrschaft von prof.dr. dagmar schipanski und walter riester

referenten u.a.:

cornelia pieper (mdb, generalsekretärin der fdp)

prof.dr. wolfgang wiegard (vorsitzender der "wirtschaftsweisen")

dr. christine hohmann-dennhardt (richterin am bundesverfassungsgericht)

dr. norbert bensele (vorstandsmitglied deutsche bahn ag, mitglied der "hartz-kommission")

anmeldung und informationen
www.hcwk.de